

Nur wer liefert, darf mitbestimmen – die NATO wird 60

Sandschneider, Eberhard

Stellungnahme / comment

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Sandschneider, E. (2009). *Nur wer liefert, darf mitbestimmen – die NATO wird 60*. (DGAP-Standpunkt, 3). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-129995>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Nur wer liefert, darf mitbestimmen – Die NATO wird 60

von Eberhard Sandschneider

Die NATO hat sich ihre Jubiläumsreden wohl verdient, denn sie blickt auf 60 Jahre sicherheitspolitische Erfolge und eine zwanzigjährige Transformation in Permanenz zurück. Aber jetzt geht es um mehr als nur um das Schönreden des Erreichten: Zum 60. Geburtstag des Verteidigungsbündnisses möchte man kaum noch lesen oder hören, was die NATO alles gewesen ist, sein könnte, tun sollte oder werden würde ... wenn nur alle Forderungen aus Politikermündern und Expertenhirnen umgesetzt würden! Die meisten davon befassen sich mit Wunschdenken, doch die Wirklichkeit sieht anders aus. Denn heute haben die Mitgliedsstaaten kein gemeinsames Ziel mehr und blicken auf einen sechsjährigen Krieg in Afghanistan zurück, den sie längst verloren haben. An drei einfachen, aber harten Einsichten führt kein Weg vorbei:

- *Sicherheitspolitisch sind die Europäer immer noch von den USA abhängig.*
- *Militärisch haben die USA die Europäer längst abgeschrieben.*
- *Strategisch braucht es keine neuen Dokumente, sondern den Willen, arbeitsteilig und pragmatisch zusammenzuarbeiten.*

Plattform für Trittbrettfahrer

Der Zusammenhalt der NATO ist für Europa wichtiger als für die USA. Aus europäischer Sicht gibt es Gründe für einen Fortbestand der NATO, die selten öffentlich ausgesprochen werden:

- Alte Ängste und Feindbilder dominieren immer noch ein sicherheitspolitisches Denken, das von einer tief sitzenden Angst vor Russland geprägt, dem Denken des Kalten Krieges verhaftet und mit der Mehrheitsmeinung der Bevölkerungen in Europa im Widerspruch bleibt.
- Die NATO als »einzige transatlantische Institution« besänftigt die Urangst der Europäer vor amerikanischen Alleingängen und der eigenen Zweitklassigkeit, solange Europa selbst nicht in der Lage

ist, seine eigene Sicherheit zu organisieren und zu garantieren.

- Die NATO überdeckt relativ erfolgreich die Tatsache, dass die Europäer sicherheitspolitische Trittbrettfahrer sind, die zwar längst auch globale Interessen haben, aber über keine Kapazitäten verfügen, diese eigenständig und mit Aussicht auf Erfolg zu vertreten.
- Durch Transformation in Permanenz ist es gelungen, die Tatsache zu überdecken, dass die gemeinsam empfundene Bedrohung verloren gegangen ist. Alle neuen Bedrohungen sind nicht mehr transatlantisch, sondern global im Charakter. Um diesen Risiken zu begegnen, braucht Europa die NATO und damit die USA.

Militärisch abgeschrieben

Militärisch haben die USA Europa längst abgeschrieben. Sie erwarten nicht einmal mehr substanzielle europäische Beiträge. Mit 17 000 Mann geht die Obama-Administration das Problem der Sicherheitsrisiken in Failing States wie Afghanistan selbst an und überlässt den Europäern die vermeintlichen »weichen« Teile der Mission, zum Beispiel den zivilen Wiederaufbau. Auf diesem Weg sind die Europäer längst de facto zu Erfüllungsgehilfen der USA geworden. Solange dieser Sachverhalt unter der politischen Sichtbarkeitsschwelle gehalten werden kann, lässt er sich politisch und rhetorisch übertünchen, aber nicht auf Dauer beheben.

Die übertriebene Freude der Europäer, dass ihnen der neue Präsident der USA endlich wieder zuhört, hat nur für die Dauer des außenpolitischen Revisionsprozesses ihre Berechtigung. Über Monate haben die Europäer sich immer wieder öffentlich selbst aufgefordert, vor der Festlegung einer außenpolitischen Linie in Washington eigene Ideen einzuspeisen. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz haben die amerikanischen Vertreter sogar öffentlich um solche Ideen gebeten. Geschehen ist nichts: Innovative Ideen, die über die Äußerung von Bedenken von den zu erwartenden Kosten für Europa hinausgehen, sind allenfalls Mangelware. Gebetsmühlenartige Beschwörungsformeln zu »vernetzter Sicherheit« sind längst zu Worthülsen mit Tiefschlafgarantie im Auditorium verkommen.

Noch hat die Administration Obama keine in allen Details genau festgelegte außenpolitische Linie. Noch sind mehr als ein Drittel der Regierungspositionen der zweiten und dritten Ebene nicht besetzt. Mit dem Jubiläumsgipfel geht diese Phase zu Ende. Spätestens im Juni ist die gesamte Regierungsmannschaft an Bord. Dann ist die Enttäuschung der Europäer vorprogrammiert. Auch unter Obama werden sie feststellen, dass die USA zwar besser zuhören, aber die Europäer deshalb nicht mit mehr Mitentscheidungsrechten ausstatten werden. Also werden die Europäer wohl Trittbrett-

fahrer bleiben – nicht zuletzt, weil sie sich immer noch anders bedroht fühlen als die USA.

Strategisches Wunschdenken

Wo kein Konsens besteht, wird notorisch eine neue Strategie gefordert, am besten eine, die mit gemeinsamen Werten verbunden ist. Was sollte man der NATO zum 60. Geburtstag also mehr wünschen, als eine neue Strategie, eine gemeinsame Vision, die Mutter aller Texte. Aber was wird sie bewirken, wenn es sie denn endlich gibt – außer die Ausschüsse und Unterausschüsse der NATO mit Textakrobatik beschäftigt zu halten.

Ein neues strategisches Konzept allein begründet noch keine Einigkeit im Bündnis. Die NATO hätte nur dann eine Zukunft, wenn die Entscheidungsträger auf der operativen Ebene drei konkurrierende Visionen in Einklang bringen: Die osteuropäische Vision der neuen Mitgliedsstaaten ist eindeutig antirussisch, die westeuropäische der alten europäischen Mitgliedsstaaten bekannt transatlantisch und die der USA längst global. Kann daraus ein gemeinsames Ganzes entstehen? Wohl kaum. Es geht also um mehr als nur um eine neue sicherheitspolitische Strategie.

Tatsache ist, dass es nach den Entwicklungen der letzten 20 Jahre eine wirklich tragfähige Vision nicht geben kann. Sie bleibt Wunschdenken, weil man auf dem Papier nicht jedes mögliche Sicherheitsrisiko festschreiben kann und die unterschiedlichen und widerstreitenden Interessen von 26 Mitgliedstaaten eine einheitliche Vision ohnehin nur auf kleinstem gemeinsamem Nenner zulassen.

Deshalb ist es zwar verständlich, aber in der Sache sinnlos, eine neue Strategie oder eine gemeinsame Vision für die NATO zu fordern. Die NATO muss mit den Konsequenzen ihrer eigenen Politik und Entwicklung leben. Das führt sie weder ad absurdum noch zwangsläufig in die Bedeutungslosigkeit.

Koalition der Fähigen

Die NATO wird schon deshalb überleben, weil das Selbstbeharrungsvermögen der Institution dies sicherstellt. Und was ist eigentlich schlecht daran, wenn sie als funktionsfähige institutionelle Hülle für eine »Koalition der Fähigen« dient, die genügend zivile, finanzielle und militärische Mittel – und vor allem den politischen Willen – haben, um im Ernstfall über neue Bedrohungen zu entscheiden und diesen entgegen zu treten?

Europäer scheinen große Grundsatzdokumente zu brauchen, bevor sie zu handeln bereit sind. Amerikaner genügt der politische Wille, ein Ziel zu erreichen, auch wenn es nicht in allen Details schriftlich niedergelegt ist. Wo steht geschrieben, dass pragmatische Politik etwas Schlechtes ist?

Die NATO hat längst die Grenzen dessen erreicht, was unter Effizienzgesichtspunkten erstrebenswert ist. In einer Institution mit 26 Mitgliedern, die alle höchst unterschiedliche Interessen haben, ist ein Festhalten an Konsens und Entscheidungen mit Einstimmigkeit der garantierte Weg in die Bedeutungslosigkeit – also Unsinn.

Jeder neue Erweiterungsschritt beschneidet die Leistungsfähigkeit der Institution und schafft für niemanden mehr Sicherheit, schon gar nicht für diejenigen, die aus verständlichen Gründen unter den Schutzschirm der NATO schlüpfen wollen.

Die NATO braucht keine globale Mitgliedschaft, aber eine globale Agenda, wenn sie die langfristigen Interessen der USA berücksichtigen will. Und sie braucht

eine Abkehr von der russlandfeindlichen Haltung ihrer neuen Mitglieder. Nicht alle können alles leisten. Also muss das Ziel darin bestehen, zu akzeptieren, dass Beiträge zur gemeinsamen Sicherheit vielfältig sein und je nach Bedarf festgelegt werden können. Der negative Beigeschmack des Wortes »Scheckbuchdiplomatie« war immer schon Unsinn. Sicherheit kostet Geld. Eines müssen wir noch lernen: Gestern war Verteidigung – heute ist Sicherheit. Also muss die deutsche Politik fernab von Wahlkampfstrategien bereit sein, Klartext zu reden, über ihre Rolle in der NATO aufzuklären und Verantwortung zu übernehmen – wo immer wir Fähigkeiten haben, zum Erfolg des Bündnisses beizutragen.

Noch einfacher: Die NATO mit 60 braucht keine wohlklingende politische Therapie und auch keine strategische Frischzellenkur. Ganz pragmatisch wird sie zeigen müssen, dass sie auch im Vorruhestandsalter in der Lage ist, Probleme besser und kostengünstiger zu lösen als andere Institutionen. Auch unter Obama gilt: Nur wer liefert, darf mitbestimmen. Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!



Foto: Eva Knoll

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider
Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der DGAP
<sandschneider@dgap.org>